



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

**Ausgabe
30.11.2009**

Unsere Themen:

GdP vor Ort:
**Umgang mit
innenpolitischen
Themen im Landtag
Baden-Württemberg**

+++++
**GdP-Delegation
besucht
Plenarsitzung
(Seite 2)**

Lehren aus dem
Amoklauf
von Winnenden:
**Gerüstet für
den Ernstfall**

Rüdiger Seidenspinner
im Interview bei SWR
(Seite 3)

Konrad Freiberg im
Interview mit der
Rheinpfalz am Sonntag:
**„Polizisten müssen
vor Angriffen besser
geschützt werden!“**
(Seite 5)

Gewalt gegen
Polizisten:
**GdP fordert einen
neuen Paragraphen**
(Seite 6)

**Zu diesem Thema gibt
es ein Kurzinterview
im GdP-Internet-TV
mit Konrad Freiberg
www.gdp-bw.de**

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei Mann-
heim, Vorstand, B 6, 4-5 / 68159
Mannheim, Telefon 0621/174-4226
Fax: -3999
Email: info@gdpmannheim.de
Internet: www.gdpmannheim.de
Redaktion: Thomas Mohr



War gut besucht. Die Personalversammlung des Polizeipräsidiums Mannheim 2009

Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften Personalversammlung 2009 beim Polizeipräsidium Mannheim

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 27.11.2009 fand in der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik die diesjährige Personalversammlung statt, bei der zahlreiche Themen und Problemstellungen mit viel Hintergrundwissen transportiert werden konnten. Auch die Beiträge der Führungsspitze der Landespolizeidirektion sowie auch der Führungsspitze unseres Hauses waren sehr informativ und rundeten das derzeitige Bild der Mannheimer Polizei ab. Einige Punkte bedürfen im Gespräch mit dem Dienststellenleiter noch der Nachbereitung. Das Thema Arbeitszeit war überwiegend der Grund dafür, dass dem Ruf des Örtlichen Personalrats insgesamt 206 Kolleginnen und Kollegen folgten. Dementsprechend war die Spannung groß.

Zum Zeitpunkt der Planung und Terminierung der Personalversammlung war der dem ÖPR sehr kurzfristig bekannt gewordene Termin für eine Informationsveranstaltung zu neuen Arbeitszeitmodellen im Rahmen eines Grobkonzepts nicht bekannt. Insofern wäre es sicher besser gewesen die Personalversammlung erst nach der Informationsveranstaltung des Landespolizeipräsidiums anzuberaumen; eine Terminänderung war je-

doch insbesondere wegen des Saalmietvertrages kurzfristig nicht möglich. Ungeachtet dessen war der Informationsgewinn der Personalversammlung eine große Bereicherung. Der von der Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften getragene ÖPR wird auf jeden Fall dann, wenn der Informationsgleichstand bei allen Organisationseinheiten hergestellt ist, zeitnah im kommenden Jahr eine weitere Personalversammlung einberufen, um die bis dahin erarbeiteten Vorschläge aus dem Kollegenkreis und aus den betroffenen Organisationseinheiten sowie der Hausspitze mit möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren.

Die Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften wird in Bezug auf alle aktuellen Probleme gemeinsam mit dem ÖPR am Ball bleiben und mit dafür sorgen, dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen jetzt und in der Zukunft gewahrt bleiben.

Mannheim, 28.11.2009

Thomas Mohr
GdP

Egon Manz
DPoIG

Thomas Krohne
BDK



GdP-Delegation besucht Plenarsitzung: Umgang mit innenpolitischen Themen im Landtag von Baden-Württemberg

Von Ralf Knospe, GdP-Landesgeschäftsführer



Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Reinhold Gall (Foto oben), Rainer Stickelberger (Foto Mitte) und Nikolaus Sakkellaiou (Foto unten) nahm eine Delegation der Gewerkschaft der Polizei an der 78. Sitzung des Stuttgarter Landtags teil. Auf der Tagesordnung standen zwei Anträge der SPD-Fraktion zur Personalsituation im Vollzugsdienst der Polizei bzw. dem Stellenabbau im Nicht-vollzugsbereich der Polizei.



Ob es nun an der Vorweihnachtszeit, an der zu Ende gehenden Legislaturperiode oder einfach am Schweinegrippevirus lag, war nicht nachzuvollziehen. Tatsache war, dass die Tagesordnungspunkte 8 a) und b) von nicht einmal der Hälfte des normalerweise 139 Abgeordnete zählenden Landtags von Baden-Württemberg persönlich wahrgenommen wurden. Von den 69 Abgeordneten der CDU lauschten gerade mal 24 Abgeordnete ihren eigenen Fraktionskollegen, beim Re-

debeitrag der FDP-Fraktion waren noch gerade 14 CDU-Abgeordnete auf ihren Plätzen, was aber ganz bestimmt weniger am Thema Innere Sicherheit lag als vielmehr dem ermüdenden Versuch des innenpolitischen Sprechers der FDP, mehr durch komödiantische Redebeiträge als durch sachliche Kompetenz zu glänzen.

Aber auch daran schien sich niemand zu stören, hatte doch schon die Rede seines Vorredners von der CDU weniger mit Inhalt als mit politischen, nichtssagenden Worthülsen zu tun. Nachdem dieser seine 5-minütige Redezeit damit verschwendete, die großartige Leistung der Polizei zu loben anstatt zum eigentlichen Problem Stellung zu nehmen, musste er die Redezeit der übrigen Redner dazu verwenden, sich mit teils flegelhaften Zwischenrufen zu profilieren.

Den krönenden Abschluss bildete dann unser Innenminister. In gewohnter Weise lobte er die hervorragende Arbeit der Polizei, kündigte im „Westerwelle-Stil“ ein „neues, einfacheres und gerechteres Beurteilungssystem“ für die Polizei an und gab bekannt, dass es nun mit dem Digitalfunk in Baden-Württemberg endlich los geht.

Immerhin durften die Anwesenden erfahren, dass das Innenministerium derzeit (25.11.2009!!) damit befasst ist, das Zustandekommen der Überstunden anlässlich des Natoeinsatzes zu analysieren und man von einem „Mittelmaß“ bei der finanziellen Vergütung dieser Mehrarbeit ausgeht.

Ebenso kündigte er vollmundig an, dass sich gerade bei der Polizei in Baden-Württemberg in den nächsten zwei Jahren ganz erhebliche Verbesserungen einstellen werden. Was genau, vergaß er dann zu erwähnen. Die Anträge der SPD-Fraktion, die sich mit der immer dramatischer werdenden Personalsituation bei der Polizei unseres Landes befassen würdigte er damit, dass dies alles ein „alter Hut“ sei. Ergebnis der Antragsberatung: CDU und FDP stimmten gegen die Anträge der SPD, die Grünen enthielten sich (...warum eigentlich?) und es kam wie es kommen sollte – wieder einmal nehmen wir zur Kenntnis, dass die Personalsituation bei der Polizei – zumindest im Landtag Baden-Württemberg bis auf wenige Ausnahmen niemanden ernsthaft beschäftigt.

Ein GdP-Kollege auf der Zuschauertribüne: „Für so etwas hätte ich in der Schule eine „6“ bekommen – Thema verfehlt!“ Über den gesamten Inhalt der Debatte berichten wir in der Januar – Ausgabe der Deutschen Polizei.

Personalsituation im Vollzugsdienst

Die SPD-Fraktion schloss sich mit ihrer Fragestellung einer schon seit Jahren durch die GdP angeprangerte Misswirtschaft im Personalbereich der Polizei an:

Die Stellenzahlen bei der Landespolizei weichen im Vergleich der Soll- und der Ist-Stärke erheblich voneinander ab. Dadurch entstehen

Fortsetzung Seite 3

und an den Wochenenden gravierende Probleme. Ebenfalls wurde festgestellt, dass die Landesregierung es bisher versäumt hat, in einer eigenen Erschwerniszulagenverordnung finanzielle Anreize für diese Arbeitszeiten zu schaffen und Engpässe als Folge des Mutter-schutzes bzw. der Elternzeit bei der Stellenplanung nicht gebührend berücksichtigt werden.

Stelleabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei

Ein weiteres Daueranliegen der GdP wurde durch den zweiten Antrag der SPD-Fraktion behandelt. Durch den Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei kommt es zu einer ungleichen Belastung in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Polizeipräsidien und Polizeidirektionen. Selbst dort wo die Abbaurate von 11 % bereits erreicht wurde verlangt die Regierung einen weiteren Abbau der Stellen. Dieser Umstand führte dazu, dass befristete Verträge mit Tarifbeschäftigten



Folgten gerne der Einladung des Landtagsabgeordneten Reinhold Gall (2. v.l.) und kamen mit einer GdP-Delegation in den Landtag. Landesgeschäftsführer Ralf Knospe (links) führte die Gruppe an. Foto: GdP

nicht verlängert werden dürfen. Zwangsläufig gehen dabei eingelernte und qualifizierte Mitarbeiter verloren. Der Stellenabbau im Tarifbereich hat zur Folge, dass mehr und mehr Aufgaben aus dem Ver-

waltungsbereich auf Beamte übertragen werden und so unverzichtbaren Potenzial für die Präventions- und Ermittlungsarbeit verloren geht. (Ralf Knospe)

Lehren aus Winnenden

Gerüstet für den Ernstfall

Der Amoklauf von Winnenden, der vereitelte Amoklauf von Sankt Augustin bei Bonn - die Vorfälle haben gezeigt: Solche Taten können jederzeit und direkt vor der Haustür passieren. Die baden-württembergische Landesregierung will ihre Polizisten in Zukunft besser für solche Einsätze vorbereiten. Konkret plant das baden-württembergische Innenministerium, die Polizisten mit einer besseren Schutzausrüstung auszustatten. Sie sollen schusssichere Helme mit einem speziellen Visier erhalten und Sicherheitswesten, die auch den Hals bedecken. Dafür plant die Regierung einem Bericht der "Stuttgarter Nachrichten" zufolge, 3,5 Millionen Euro auszugeben.

GdP: Polizisten brauchen die bestmögliche Ausrüstung

Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Baden-Württemberg, hält die neue Schutzausrüstung für mehr als erforderlich: "Es ist wichtig, dass Polizisten in eine Schule reingehen und wissen, dass sie den bestmöglichen Schutz haben, weil sie dann mental freier sind." Zwar ist so eine Schutzausrüstung unbequem und sperrig.

Thema:
Schutzausrüstung



"Man kann natürlich keine 1000 Meter damit laufen", räumt Seidenspinner ein: "Aber die Westen wiegen unter zehn Kilogramm. Sie haben nicht das Gewicht der ganz alten Schutzwesten."



Foto-Quelle: Homepage MdL Thomas Blenke. Anmerkung der Redaktion: Der ursprüngliche Text „Voller Einsatz für den ganzen Kreis Calw“ wurde von der Redaktion wie auf dem Foto zu sehen in „Voller Einsatz nur nicht für die Polizei, Herr Blenke!“ abgeändert.

Landtag debattierte über die Personalsituation in den Polizeidienststellen

Lieber Herr Blenke,

toll haben Sie das gemacht am letzten Mittwoch im Landtag. Ihre Erklärungen zum Unterschied zwischen Soll- und Ist-Stellen der Polizei. A la boneur. Und wie Sie ihren Kolleginnen und Kollegen im Landtag – viel werden nicht im Plenum gewesen sein – klar gemacht haben, dass beim Polizeivollzugsdienst doch gar keine Stellen abgebaut wurden, weil doch alle eine Stunde länger arbeiten, das war auch eine „Sternstunde“ im Landtag in Stuttgart. Dafür wurde der „Nichtvollzugsdienst“ durch eine willkürlich festgesetzte „Effizienzrendite“ geschwächt. Aber auch das scheint ja gar kein Problem zu sein.

Würden Sie als „Wirtschaftspolitiker“, der Sie ja nicht sind, im Landtag diese Aussage auch machen, wenn die Fa. Porsche nach der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für ihre Mitarbeiter 1.000 Stellen streicht? 650 Stellen weniger bei der Polizei sind 650 Arbeitsplätze weniger im Land. Auch wenn Sie das nicht gerne hören werden, es ist so! Mit Ihren Aussagen zementieren Sie die 41-Stunden-Woche für die Landesbeamten. Das ist Ihnen hoffentlich klar. Wahrscheinlich war das sogar Ihre Botschaft.

Übertroffen wurden Sie allerdings noch von ihrem Koalitionsbruder Kluck. Aber der war schon so weit weg von der Wirklichkeit, dass man seine Rede schon gar nicht mehr kommentieren

mag. Ich bin wirklich mal auf das Protokoll der Sitzung gespannt. Ganz ähnlich unser Innenminister, der seine Rede jetzt vor dem Innenausschuss halten will, weil er doch gar keine Zeit hatte, in den zur Verfügung stehenden 10 Minuten das zu sagen, was er eigentlich sagen sollte oder wollte. Schade, jetzt können wir Bürger gar nicht hören, was er zum Thema „Personalsituation der Polizei“ gerne gesagt hätte. Dafür hat er behauptet, der Digitalfunk starte in diesem Dezember, also demnächst. Jetzt berichtet die Stuttgarter Zeitung über die Erprobung der neuen Funkgeräte in einem Stuttgarter Polizeirevier. So richtig startet der Digitalfunk also doch nicht. Und was die Andeutungen von Herrn Rech zu einem neuen Beurteilungssystem für die Polizei mit dem Thema „Personalstärke“ zu tun hatte, konnte ich mir auch nicht erschließen.

Niemand, nicht mal Herr Gall von der SPD, hat sich eigentlich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt, das auf der Tagesordnung gestanden hat. In der Antwort zu einer Anfrage der SPD-Fraktion, hat das Innenministerium nämlich darauf hingewiesen, dass die Polizei des Landes durch den „Einstellungskorridor“ für den Polizeivollzugsdienst bis 2013 über den reinen Ersatzbedarf hinaus mit bis zu 1.270 zusätzlichen Nachwuchskräften verstärkt würde. Konkret heißt das, dass bis zu dem genannten Zeitpunkt für etwa 1.200 ausgebildete Polizeibeamtin-

nen und –beamte keine Planstellen vorhanden sind! Und niemand im Landtag hat die Frage gestellt, wie man diese Situation eigentlich lösen will und warum man immer noch Planstellen abbaut? Ausbildungsstellen der Polizei sind nämlich nicht gleich auch Haushaltsstellen für den Polizeivollzugsdienst. Das, Herr Blenke, hätten Sie als Polizeiexperte ihrer Fraktion mal ihren Kolleginnen und Kollegen im Landtag erklären sollen.

Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen sollten mal zur Kenntnis nehmen, dass die Debatten im Landtag live im Internet übertragen werden. Und es gibt tatsächlich Bürgerinnen und Bürger, die sich das antun. Strengen Sie sich also gefälligst an, wenn Sie im Landtag als „Experte“ sprechen. Das Volk sieht und hört zu.

Es grüßt Sie ganz herzlich ein alter Fan.

PS: Seien Sie froh, dass Ihre Ausführungen (von wegen, wer zur Polizei geht, der weiß ja, dass man die Polizei meist nachts und am Wochenende braucht) zur Flexibilisierung der Arbeitszeit der Polizeibeamtinnen und -beamten wahrscheinlich nur von ganz wenigen Betroffenen gehört wurden.

Sonst wäre die Revolution in der Polizei bereits ausgebrochen.

Polizisten müssen besser vor Angriffen geschützt werden

GdP-Chef Konrad Freiberg im Gespräch mit der "Rheinpfalz am Sonntag"

Berlin. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, hat stärkeren gesetzlichen Schutz der Polizisten gegen Übergriffe von Gewalttätern gefordert. Die Zahl Angriffe auf die Einsatzkräfte sei in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen, sagte Freiberg der RHEINPFALZ am SONNTAG. Allein im vergangenen Jahr habe es mehr als 28.000 Fälle von registrierten Widerständen gegen Polizisten gegeben. Gegenwärtig werde von den Innenministern der Länder untersucht, wie viele von ihnen dabei verletzt worden seien. Dazu würden bundesweit mehr als 250.000 Polizisten befragt.

Nach den Worten von Freiberg gibt es immer mehr Klagen und Besorgnis von Seiten der Polizisten. Sie fühlten sich als Sündenbock gegenüber dem zunehmenden Frust und Hass insbesondere von Jugendlichen gegenüber dem Staat. Wenn der Polizist in dessen Auftrag handle, habe der Staat auch die Pflicht, ihn besonders zu schützen, verlangte der Gewerkschaftschef.

Freiberg schlug vor, künftig einen **besonderen Paragraphen**



zum Schutz der Polizisten im Strafgesetzbuch (StGB) zu verankern. Dazu werde in der kommenden Woche der Innenministerkonferenz ein Vorschlag unterbreitet. Im Anschluss müssten dann die Bundestagsfraktionen entscheiden, ob sie sich den Vorstoß zu eigen machten. Selbst wenn sich die Gewerkschaft der Polizei nicht durchsetzen könne, „muss es zu

einer stärkeren Bestrafung von Übergriffen gegen Polizisten kommen“, ist sich der GdP-Chef sicher. Gegenwärtig verliefen derartige Straftaten wie Körperverletzungen viel zu oft im Sande. Die Täter sollten künftig mit Mindeststrafen rechnen und für ihre Handlungen deutlich stärker zur Verantwortung gezogen werden.

GdP-Landesvorsitzender besucht die Polizeidirektion Freiburg



Unser GdP-Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner setzte seine „Tour de Länd'le“ fort und besuchte die Polizeidirektion Freiburg.

Die Dienststellenleitung der Polizeidirektion Freiburg, Ltd. Kriminaldirektor Heiner Amann konnte ein sehr gutes und freundschaftliches Gespräch geführt werden. Es wurden aktuelle Themen wie der Antifa-



Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ):

Gewalt gegen Polizisten nimmt zu



Berlin. Polizisten sind immer häufiger massiven organisierten oder auch spontanen Anfeindungen und Gewaltausbrüchen ausgesetzt. Seit Jahren klagen Angehörige geschlossener Polizeiverbände, aber auch Polizisten im Streifen dienst über eine wachsende Gewaltbereitschaft ihnen gegenüber. Das zeigt sich nach Gewerkschaftsangaben bei Auseinandersetzungen mit Links- oder Rechtsautonomen beispielsweise am 1. Mai. Immer häufiger trafen Polizisten in immer niedrigeren Ligen des Fußballs auf gewalttätige Hooligans, würden mit Steinen und Flaschen beworfen und massiv angegriffen. Nach Festnahmen komme es immer wieder zu Versuchen gewaltsamer Gefangenenbefreiung. In den vergangenen zehn Jahren sei die Zahl der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt um dreißig Prozent gestiegen, so Konrad Freiberg von der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Nicht nur in manchen Gegenden Berlins, sondern auch in Städten wie Duisburg oder Dortmund käme es vor, dass selbst bei anfangs alltäglichen Polizeieinsätzen innerhalb kürzester Zeit eine bedrohliche Menschenmenge von dreißig, vierzig Personen sich sammle und versuche, die Polizeiarbeit zu behindern oder zu unterbinden. Mancherorts werde nur noch angerückt, wenn Reserven in unmittelbarer Nähe bereitstünden, um den Kollegen notfalls zu helfen. Auch sei es, beispielsweise in Köln, schon vorgekommen, dass Beamte regelrecht in Hinterhalte gelockt wurden. Einzelberichte zu solchen Vorkommnissen finden sich in den Zeitungen, nicht jedoch in Polizeistatistiken. Denn vielfach würden die Angriffe gar nicht angezeigt, weil nach den Erfahrungen der Polizistinnen und Polizisten "nichts dabei herauskommt als Papierkrieg", sagte ein Gewerkschaftssprecher. Aber auch intern gebe es in den Bundesländern keine Statistiken, in denen diese Art der Angriffe verzeichnet würde. Die Innenminister haben deshalb im Juni dieses Jahres, nach den Mai-Krawallen in Berlin, beschlossen, das Phänomen erforschen zu lassen und insgesamt bis zu 250 000 Polizisten in Bund und Ländern ausführlich zu befragen. Die Teilnahme an der Untersuchung, die das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen durchführt, ist freiwillig, Testunterlagen sollen per Internet angefordert werden können. Die Forscher wollen dabei Anhaltspunkte für angemessene Reaktionen der Polizei bei Ausrüstung, Ausbildung und auch im Gesetz begründen und zielgerecht leiten. Zur Diskussion steht beispielsweise ein Gesetzentwurf



GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek erläutert beim TV-Sender N24 die GdP-Forderung nach einem neuen Paragraphen 115 StGB "Tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten".

des Freistaates Sachsen, der unter anderem eine Gefängnisstrafe für Personen vorsieht, die sich nach dreimaliger Aufforderung durch die Polizei nicht aus einer Menschenmenge entfernen, aus der heraus Gewalttaten begangen wurden, etwa in Form von Steinwürfen.

Allerdings haben einige Fragen für die geplante Studie in der vergangenen Woche für Verstimmung in zahlreichen Innenministerien gesorgt. Der Fragenkatalog (mehr als einhundert Seiten) enthielt nämlich auch Erkundigungen nach Gewalterfahrungen aus der Kindheit der Polizisten. Auch sollte gefragt werden, ob man gerne oder lieber nicht mit einem Kollegen mit Migrationshintergrund auf Streife geht. Diese Art der Befragung wurde vom nordrhein-westfälischen Innenminister Wolf (FDP) als "Persönlichkeitsausforschung" abgelehnt, von der Deutschen Polizeigewerkschaft wurde die Befürchtung geäußert, der vorliegende Fragekatalog sei geeignet, "schwere Ansehenschädigungen der Polizei zu bewirken". Hamburgs Innensenator Ahlhaus (CDU) sah den "Täter-Opfer"-Zusammenhang umgekehrt.

Der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts, Christian Pfeiffer, kündigte unterdessen an, auf alle strittigen Fragen verzichten zu wollen. Zwar seien sie aus dem Blickwinkel der Viktimologie (Opferforschung) gut begründet und berechtigt. Aber man werde angesichts der Wichtigkeit der Studie insgesamt "auf psychologisch orientierte Fragen verzichten müssen", wenn sie trotz Anonymisierung auf Ängstlichkeit stießen.

Das Vorhaben sei das größte Polizeiforschungsvorhaben weltweit "und insgesamt so wichtig, dass es nicht gefährdet werden darf".

Pfeiffer hob gegenüber dieser Zeitung hervor, dass die Fragebögen gemeinsam und in Vortests mit achtzig Polizisten aus Niedersachsen erarbeitet wurden. Dabei habe es keine derartige Kritik gegeben. "Wir waren uns sicher, die Basis wird die Fragen akzeptieren", sagte Pfeiffer. Es sei erwiesen, dass Personen, die in ihrer Kindheit zu Hause geschlagen wurden, später 3,6-mal so häufig Opfer von Gewalt würden wie Personen, die in Liebe und gewaltfrei aufgewachsen seien. Es könne durchaus sein, dass diese Erfahrungen durch die gründliche Ausbildung der Polizisten vollständig überdeckt würden, "aber das wollten wir gerne erforschen". Die Kritik aus den Ministerien werde man berücksichtigen und die entsprechenden Fragen teilweise oder ganz streichen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sagte, die Durchführung der Studie dürfe nicht gefährdet werden. Die Innenminister von Bund und Ländern haben Niedersachsens Innenminister Schönemann beauftragt, mit Pfeiffer Änderungen zu erörtern.

Autor **Peter Carstens** berichtet seit Herbst 2001 aus Berlin über das Innenministerium, das Justizministerium, die Nachrichtendienste und die FDP. Sein Artikel erschien am 24.11.2009 in der gedruckten Ausgabe der FAZ.

Quelle: www.gdp.de